

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Wytttenbach	<i>Verbal: Examinatorin gibt SV zum lesen.</i>	
		Welche Fragen stellen sich? Wie gehen Sie vor?	Zuerst schaue ich, ob es eine Frist gibt, die eingehalten werden muss.
		Welches ist die Verfügungsgrundlage?	Die Schliessung des Betriebes. Anwendbar ist das Gastgewerbegesetz.
		<i>Verbal: Examinatorin gibt einen Auszug des Gastgewerbegesetzes mit den einschlägigen Bestimmungen.</i>	
		Was für eine Bewilligung braucht es vorliegend?	Eine Gastgewerbebewilligung.
		Richtig. Typ Polizeibewilligung. Was ist eine Polizeibewilligung?	Wenn aus sicherheitspolitischen Gründen eine Bewilligung notwendig ist.
		Schauen Sie ins Gesetz. Welches sind die Voraussetzungen?	Es braucht eine Gastgewerbebewilligung.
		Was sind die Voraussetzungen für eine vorübergehende Schliessung?	Art. 34. <i>Verbal: zählt Vss. auf.</i>
		Ist es eine positive oder eine negative Verfügung?	Eine negative.
		Ändert sich etwas am Rechtsbestand?	Ja.
		Also ist es eine...	... positive Verfügung.
		Was ist das Ziel?	Den ordnungsgemässen Zustand wiederherzustellen.
		Gibt es noch einen anderen Zweck?	Den repressiven Ansatz.
		Genau. Wie würden Sie vorgehen?	Gegen die Verfügung des Regierungsstatthalters gemäss Art. 48 des Gastgewerbegesetzes eine Beschwerde an die Volkswirtschaftsdirektion einreichen.
		Weiter?	Anwendbar ist das VRPG. <i>Verbal: zählt Vss. für Beschwerde auf und prüft sie.</i>
		Welches ist die Zuständigkeit gemäss Art. 62?	Lit. b.
		Genau. Weiter?	Weiter zu prüfen sind die formelle und die materielle Beschwerdebefugnis. Die Formelle ist das rechtliche Gehör und die materielle die Verfügungsadressatin. Beides ist vorliegend erfüllt.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht		Ist es vorliegend eine materielle oder eine formelle Verfügungsadressatin?	Eine materielle.
		Richtig. Weil die Rechte direkt betroffen sind.	Weiter braucht es ein aktuelles und praktisches Interesse. Gehe i.c. davon aus, dass dies erfüllt ist.
		Wurde die Anordnung wohl sofort vollzogen oder nicht?	<i>Verbal: keine Antwort.</i>
		Was sagt das Gesetz?	Keine aufschiebende Wirkung.
		Ja, gemäss Abs. 1.	Gemäss Abs. 2 aufschiebende Wirkung.
		Wir nehmen an, dass der Regierungsstatthalter vorliegend die aufschiebende Wirkung entzogen hätte. Wäre das i.c. rechtmässig?	Das kann er tun aus wichtigen Gründen gemäss Art. 68 Abs. 5. Vorliegend würde ich eine der Voraussetzungen verneinen (<i>verbal: etwas mit Kernkompetenzen...</i>)
		Warum?	Da es nur ein Nebenbestand des Betriebes ist, wo der Vorfall passiert ist.
		Wichtig: es gibt kein öffentliches Interesse für den sofortigen Vollzug.	
		Wie wirkt der Entscheid?	<i>Verbal: keine Antwort.</i>
		Devolutiv.	
		Wie würden Sie das Rechtsbegehren formulieren?	Die Verfügung des Regierungsstatthalters sei aufzuheben.
		Ist das alles?	Ja.
		Materiell: Art. 66 VRPG. Wie würden Sie argumentieren und unter welche lit. würden Sie subsummieren?	Illegale Wettspiele. Müssen nicht Zusammenhang haben mit dem Betrieb des Gastgewerbes. Wäre eher ein Verstoss gegen das Lotteriegesezt.
		Unter welche litera würden Sie subsummieren?	Rechtsverletzung oder Unangemessenheit. Ich würde sagen Rechtsverletzung. Geht über Unangemessenheit hinaus. Art. 38 ist verletzt.
		Könnte auch Unangemessenheit geltend machen wegen zu langer Dauer.	

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Schnell	Muss ein Beschuldigter in der U-Haft einen Verteidiger haben?	Ja, gemäss Art. 130 StPO eine notwendige Verteidigung.
		Wann sonst braucht es noch eine notwendige Verteidigung?	Die Fälle sind in Art. 139 StPO aufgeführt. <i>Verbal: zählt sie auf.</i>
		Sie sind amtlicher Verteidiger und merken, dass Ihr Klient nicht in der Lage ist, auszusagen aufgrund seines geistigen Zustandes. Er sagte aber trotzdem aus vor der Polizei und dem ZMG. Was machen Sie konkret?	Das Geständnis kann rückgängig gemacht werden. Ich würde ein psychiatrisches Gutachten in Auftrag geben und beantragen, dass die Geständnisse bzw. die Protokolle aus den Akten entfernt werden.
		Was machen Sie, wenn das Gericht diesem Antrag nicht nachkommt?	Grundsätzlich ist das mit Beschwerde anfechtbar.
		Was für ein Antrag ist das?	Ein Verfahrensantrag.
		Genauer?	<i>Verbal: keine Antwort.</i>
		Ein Beweisantrag.	Der Antrag kann mit Beschwerde angefochten werden.
		Was verlangt die BK?	Ein rechtlich schutzwürdiges Interesse.
		Liegt i.c. eine liquide Sachlage vor?	<i>Verbal: keine Antwort.</i>
		Was ist das für ein Entscheid der BK?	Ein Prozessentscheid gemäss Art. 78 BGG.
		Gibt es eine weitere Unterscheidung.	End- und Zwischenentscheide. <i>Verbal: liest BGG 93 vor.</i>
		Braucht es mehr als einen nicht wieder gutzumachender Nachteil?	Es braucht noch ein aktuelles und praktisches Interesse.
		Wo sind die Vorschriften zu den verbotenen Beweismitteln?	In Art. 140 und 141 StPO.
		Wie sagt man diesen Vorschriften?	Zwingende Vorschriften.
		Beide?	Es gibt qualifizierte und einfache Vorschriften sowie Ordnungsvorschriften.
		Was sind einfache Vorschriften?	<i>Verbal: erklärt.</i>
		Was ist eine schwere Straftat?	<i>Verbal: erklärt.</i>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht		Wie grenzt man einfache Gültigkeitsvorschriften von Ordnungsvorschriften ab?	Fraglich ist wie gross der Nachteil für den Beschuldigten ist.
		Kennen Sie eine Gültigkeitsvorschrift?	Z.B. Begründungsvorschrift.
		Gibt es viele?	Ich denke nicht.
		Was wäre eine qualifizierte Vorschrift?	Bei einem EV-Protokoll ist die Aufklärung über die Rechte gegenüber der beschuldigten Person eine qualifizierte Vorschrift. Das Kürzel des Beschuldigten auf jeder Seite wäre eine einfache Vorschrift.
		Lesen Sie Art. 140 und 141 Abs. 1 StPO vor. Wo ist das Teilnahmerecht geregelt?	In Art. 140 StPO.
		Lesen Sie vor.	<i>Verbal: liest vor.</i>
		Ist das eine einfache oder eine qualifizierte Vorschrift?	Eine einfache.
		Sind Sie sicher?	Eigentlich schon, aber wenn Sie so fragen ist es wahrscheinlich nicht so.
		Sie sind Staatsanwalt und Sie möchten den Beschuldigten in U-Haft bringen. In welcher Zeit müssen Sie das tun?	Innert 48h. Das ist aber mit Vorsicht zu geniessen. Beim ZMG sind auch 48h vorgeschrieben. Das muss dann gesamthaft betrachtet werden.
		Sie wollen den abweisenden Entscheid anfechten. Was machen Sie?	Ein negativer Entscheid des ZMG muss innert 3h mit Beschwerde angefochten werden.
		Was müssen Sie machen?	Beschwerde beim BK, dass der Beschuldigte in U-Haft genommen werden soll.
		Hat das aufschiebende Wirkung?	<i>Verbal: keine Antwort.</i>
		Was passiert, wenn ZMG nicht eintritt?	Aufschiebende Wirkung beantragen.

2. Antrag?

2. Antrag superprovisorische Haft.

Dass er in U-haft bleibt.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Bähler	<i>Verbal: Examinator gibt SV zum Durchlesen.</i>	
		Haben Sie's gelesen?	Ja.
		<i>Verbal: fasst SV nochmals zusammen. Was überlegen Sie sich?</i>	V+M haben Scheidungsurteil. Fraglich, wie das geändert werden kann. Gemäss Art. 284 ZPO ist das möglich.
		Was verfassen Sie für eine Rechtsschrift?	Einen Scheidungsantrag ohne Begründung. Gemäss Art. 198 lit. c ZPO ist das ohne Schlichtung möglich.
		Bei welchem Gericht?	Grundsätzlich ist gemäss Art. 10 ZPO der Wohnsitz massgebend. Für eherechtliche Gesuche und Klagen ist gemäss Art. 23 ZPO der Wohnsitz der Frau oder des Mannes massgebend. Ich würde gemäss dem Wohnsitz des Mannes in Biel, da das für mich einfacher ist.
		Ist es auch in Bern möglich?	Da sehe ich gerade nichts, was dafür spricht.
		Richtig.	
		Wie würden Sie das Rubrum formulieren?	Anspruchsberechtigt ist S. Klägerin ist seine Mutter, welche ihn vertritt.
		Kann sie auch in eigenem Namen klagen?	Nein.
		Kennen Sie die Prozessstandschaft?	Ja, das bedeutet, dass jemand in eigenem Namen fremde Ansprüche einklagen kann. Z.B. bei elterlicher Sorge. Im vorliegenden Fall kann die Mutter also doch in eigenem Namen klagen.
		Ja, das BGer sagt, das geht. Ist die rückwirkende Einklage möglich?	Ja. <i>Verbal: macht weitere Ausführungen.</i>
		Richtig, gemäss BGer geht auch das.	
		Wir gehen nun von der gleichen Konstellation aus aber mit der Annahme, dass die beiden nicht verheiratet sind.	Sie hätten dann eine Vereinbarung getroffen. Das Kind müsste eine Unterhaltsklage einreichen.
		In welchem Verfahren?	Im vereinfachten Verfahren.

An welche Behörde?

An die Schlichtungsbehörde. Es gibt keine Ausnahme gemäss Art. 198 ZPO. Weiter hinten auch nicht.

Richtig. Welche Verfahrensgrundsätze sind anwendbar?

Der Untersuchungs- und der Oficialgrundsatz.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG		Und in Bezug auf die Sachverhaltsfeststellung?	Es gibt die Verhandlungsmaxime und die Untersuchungsmaxime sowie die Dispositions- und die Officialmaxime.
		Was besagt der Officialgrundsatz?	Dass das Gericht nicht an die Anträge gebunden ist.
		Was ist das Gegenstück dazu?	Die Dispositionsmaxime, d.h. der Kläger bestimmt die Eingaben etc.
		Wir nehmen an, das Kind ist 18 Jahre alt und geht auf eine Privatschule. Es braucht also mehr Unterhalt. Wie läuft das Verfahren?	S kann selbst einklagen. Fraglich ist, ob es eine normale Leistungsklage oder eine Kinderunterhaltsklage ist.
		Da stellen Sie sich die richtige Frage. Das Bundesgericht sagt es gehe noch unter Kinderbelange. Somit ist das vereinfachte Verfahren anwendbar. Wir nehmen an, die Rückwirkung laufe über die Volljährigkeit hinaus. Wer muss einklagen?	Ich denke S kann das alles einklagen.
		Könnte das auch die Mutter?	Nein. Wenn S 18 ist muss er das selber machen.
		Richtig. Das hat das BGer erst kürzlich so entschieden. Wir nehmen an, dass S minderjährig ist und dass er nicht genug Geld hat für den PK-Vorschuss. Was kann man da machen?	Es gibt grundsätzlich die unentgeltliche Rechtspflege. Aber die Ehegattenunterhaltspflicht geht vor, wenn die Mutter nicht in der Lage ist, würde ich ein uR stellen.
		Was ist mit V (Vater)?	Ja, er müsste vorschliessen.
		Eingabe?	<i>Verbal: keine Antwort.</i>
		PK-Vorschussgesuch.	
		Als vorsichtiger Anwalt, was würden Sie noch einbeziehen?	Parallel ein uR-Gesuch stellen.
		Können Sie das zusammen?	Von der Praxis her kenne ich das so, dass es immer separat eingereicht wurde.
		Ich kenne es anders, d.h. immer eine kombinierte Einreichung.	

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Dzanko	<p>Sie können die Fragen gestützt auf das bernische StG beantworten, wenn nichts anderes gefragt wird.</p> <p>Wie kommt man beim Einkommen vom Roh- auf das Reineinkommen?</p> <p>Wo ist das geregelt?</p> <p>Sind Aufwendungen organische oder anorganische Abzüge?</p> <p>Sind Sie sicher beim letzten? Was sagen Sie z.B. zu AHV-Beiträgen etc.?</p> <p>Aber die AHV-Beiträge hängen ja unmittelbar zusammen mit dem Einkommen?</p> <p>Was bedeutet organisch?</p> <p><i>Verbal: Legt 1. SV vor. Schauen Sie sich's an. Verbal: fasst SV kurz zusammen (geht um Ausgaben eines Nationalrats für seine Erstwahl). Unter welchem Titel hat er die Kosten geltend gemacht?</i></p> <p>Grundsätzlich ist das eine gute Überlegung. Gehen Sie von einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit aus.</p> <p>Wir nehmen an, dass der Nationalrat zur Wiederwahl fährt. Wäre das ein Unterschied?</p> <p><i>Verbal: legt 2. SV vor. Fasst den SV kurz zusammen (Immobilien AG, 2013 Verlust von CHF 100'000). Kann die AG den Verlust steuerlich geltend machen?</i></p> <p>Wo ist die gesetzliche Grundlage für den Verlustvortrag?</p>	<p>Grundsätzlich ist hier StG 10 ff. massgebend. Unterschieden wird zwischen dem selbstständigen und dem unselbstständigen Einkommen. Dort gibt es das Roheinkommen. Zum Reineinkommen kommt man, wenn man die Abzüge vornimmt.</p> <p>In Art. 30.</p> <p>Aufwendungen sind anorganische. Die allgemeinen Abzüge sind anorganisch.</p> <p>Das sind keine organischen Abzüge. Organische Abzüge sind verknüpft mit dem Einkommen.</p> <p>Aber die werden ja vorher abgezogen.</p> <p>Dass ein direkter Zusammenhang mit den Berufskosten besteht.</p> <p>Primär stellt sich die Frage, was für ein Anstellungsverhältnis der Nationalrat hat.</p> <p>Berufskosten sind folglich nur jene, welche mit dem Anstellungsverhältnis unmittelbar zusammenhängen. Bewerbungskosten sind z.B. nicht abziehbar. Ich würde das analog auf diesen Fall anwenden und deshalb sagen, die Kosten sind nicht abziehbar.</p> <p>Nein, das würde m.E. keinen Unterschied machen.</p> <p>Ja, entweder als Verlustvortrag oder bei der Grundstückgewinnsteuer abziehen.</p> <p>Art. 93 StG.</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht		Genau. Art. 93 Abs. 1 StG.	
		Zum ergänzenden SV. Was wäre mit dem steuerbaren Gewinn?	... (nicht mitbekommen).
		Angenommen, 2008 wäre kein Geschäftsabschluss gemacht worden. Wie beurteilen Sie das mit Blick auf die Verlustrechnung?	Die letzten 7 Jahre können abgezogen werden. Es gibt keine Änderung gegenüber dem vorherigen SV.
		Die Steuerperiode entspricht ja einem Geschäftsjahr. Wo ist das geregelt?	In Art. 107 Abs. 2 StG.
		Wenn Sie Art. 17 Abs. 3 StG hinzunehmen. Ändert das etwas?	Ja. Der Abschluss durfte nicht so gemacht werden.
		Sehen Sie handelsrechtlich ein Problem?	Ich nehme an, dass das so zulässig ist.
		Wenn es handelsrechtlich nicht zulässig wäre. Was passiert?	Die Steuerbehörde würde das korrigieren.
		Richtig. Angenommen, handelsrechtlich wäre es korrekt. Was passiert mit den falschen Geschäftsabschlüssen?	Die werden ausgeblendet.
		Der Entscheid ist im Moment vor dem Verwaltungsgericht hängig. Ihre Position ist aber keineswegs abwäglich.	

Datum: 15.12.2016

Uhrzeit: 08:00

Zimmernummer: 20